

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Der Bezugspreis wird mit Beginn jeden Monats bekannt gegeben.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstigen wesentlichen Störungen des Betriebes der Zeitung, d. Lieferanten od. d. Vertriebs-Einrichtungen) hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.
Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt
Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.
Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kobold“.
Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingebracht.
Die Befreiung des Anzeigen-Preises wird bei eintretender Änderung eines Nummernwörter bekanntgegeben.
Jeder Anspruch auf Nachdruck, wenn der Anzeigen-Preis durch Ringe eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs geht.
Gemeinde-Konto Nr. 136.

Nummer 6

Mittwoch, den 14. Januar 1925

24. Jahrgang.

Ämtlicher Teil. Öffentl. Sitzung der Gemeindeverordneten

Mittwoch, den 14. Jan. 1925, abends 8 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses.
Tagesordnung ist am Amtsbrett im Rathause angeschlagen.
Ottendorf-Okrilla, den 13. Januar 1925.
Der Vorsteher.

Bewertung der Natural- u. Sachbezüge u. der Deputate ab 1. 1. 1925.

Mit Wirkung vom 1. 1. 1925 ab ist der Wert der Sachbezüge für die Zwecke des Steuerabzugs vom Arbeitslohn neu festgesetzt worden. Auf die in Nr. 5 der Sächs. Staatszeitung veröffentlichten Tabelle wird hingewiesen. Abdruck der Tabelle können vom Finanzamt gegen Erstattung der Kosten bezogen werden.
Radeberg, den 10. Januar 1925. Das Finanzamt.

Witterberatungsstelle.

Die nächsten Witterberatungsbüden finden an nachfolgenden Tagen nachmittags von 2 bis 4 Uhr in der alten Schule statt und zwar:
Dienstag, den 13. Januar 1925
" " 27. " "
" " 10. Februar " "
" " 24. " "
" " 10. März " "
" " 24. " "
" " 7. April " "

Tuberkulosenfürsorgestelle.

in Kloßsche (Rathaus) Mittwochs von 9 bis 12 Uhr vormittags und zwar:
21. Januar 1925
4. Februar " "
18. " " "
4. März " "
18. " " "
1. April " "

Sprechstunde der Bezirkspflegerin

Jeden Freitag von 9-11 Uhr vormittags in Kloßsche - alte Schule -
Ottendorf-Okrilla, am 12. Januar 1925.
Der Bürgermeister.

Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 13. Januar 1925.
Auf die Bekanntmachung über die Bewertung der Sachbezüge usw. im ämtlichen Teil wird besonders aufmerksam gemacht. Die dort genannte Tabelle kann auch bei den Gemeinden eingesehen werden.
Mehr Sorgfalt bei der Annahme von Papiergeld. Es wird darauf hingewiesen, daß sich falsche Rentenmarktscheine zu 10 Mark im Verkehr befinden. Die Scheine sind bei genauer Prüfung als gefälschte zu erkennen. Die Deutsche Rentenbank hat auf Festnahme der Fälscher und die Beschlagnahme der Druckplatte eine Belohnung bis zu 1000 Rentenmark ausgelegt. Es empfiehlt sich deshalb besondere Aufmerksamkeit.
Umgehungsverordnungen. Auf die Ende v. Js. in Nr. 139 unserer Zeitung abgedruckte Bekanntmachung des Finanzamts Radeberg wegen Abgabe von Umgehungsverordnungen für 1924 wird ihrer Bedeutung wegen hierdurch nochmals hingewiesen.
Baugen. Bei dem großen Brande in Denkwitz waren die Feuerwehren aus weitem Umkreise zum Vorschein herbeigeeilt. Auch die Feuerwehrmänner von Großdöbbschütz waren ausgetrieben, sind aber merkwürdigerweise nicht tätig gewesen, wie sich aus folgender schriftlichen Anfrage der witzrausischen Feuerwehrfrauen von Großdöbbschütz ergibt,

die das „Baugener Tageblatt“ mitteilt. Mehrere Frauen der Großdöbbschütz Feuerwehre schreiben: „Geehrter Herr Brandmeister von Großdöbbschütz! Können Sie uns Auskunft geben, wo unsere Wehre aus Großdöbbschütz beim Brande in Denkwitz geblieben ist? Unsere Feuerwehre ist doch laut Bericht vom 5. Januar in Denkwitz nicht anwesend gewesen. Wo mögen die Großdöbbschütz Feuerwehrräumer gelodigt haben.“

Benig. Flüchtling geworden ist der ältere Boris Klotzmann, Mitinhaber der Sekape-Werke und Direktor der Homag-Altiengesellschaft. Er wird wegen der gleichen Anschuldigung flüchtig verfolgt wie sein noch in Untersuchungshaft befindlicher Bruder. Die strafbaren Handlungen der Genannten sollen sich auf Benachteiligung ihrer Gläubiger beziehen.

Brand-Erbisdorf. Von sozialdemokratischer Seite war eine Änderung der Gemeindeverfassung beantragt worden, daß die Entschließung über Anstellung, Beförderung usw. der Angestellten der Stadt dem Gemeinderat vorbehalten bleiben solle. Die bürgerlichen Stadtverordneten verhinderten die Abstimmung über diesen Antrag, dem auch die Kommunisten zustimmten, dadurch, daß sie den Saal verließen und so die Sitzung beschlußunfähig machten.

Bischpau. Das „Bischpauer Wochenblatt“ erzählt eine bitterböse und doch so reizende Geschichte, die den Vorzug hat, wahr zu sein, so daß sie verdient, um ihrer Tragik willen weiterberichtet zu werden. Als ein braver, fleißiger Handwerker in einem Nachbarorte von Bischpau dieser Tage von des Tagesarbeit heimkehrte, fand er zu seinem Schrecken den Stolz seines Hauses, ein Paar stattliche Gänse, nicht mehr vor. Alles Suchen blieb fruchtlos, und es half nichts, als sich mit dem Gedanken eines Diebstahls abzufinden. Als am nächsten Morgen der Handwerker nach seiner Arbeitsstätte ging, kam ihm auf einem Feldweg betäubt und einsam sein — Gänserich entgegen. Die Gans freilich fehlte, und als man den Wiedergefundenen genauer untersuchte, fand man um seinen Hals ein Schild hängen, auf das eine unbekante Hand geschrieben hatte: „Gut Morgen, Herr Klemm, — Ich kumm heut' erst hemm, — Ich wär schu gestern kumm'n — Mir habase aber de Frau genamm'n.“

Hohenstein-Ernstthal. Eine Altiengesellschaft hat unter dem Namen Hohenstein-Ernstthaler Erzbergwerke den Drei-Brüder-Schacht erworben, um dort Erze zu fördern. Dieser Schacht soll noch starke Erzgänge besitzen. Vor kurzem fand nun die Generalversammlung dieser Gesellschaft statt, in der gegen eine Stimme beschlossen wurde, für 1924 keine Dividende zu verteilen und das Aktienkapital auf 270 000 Mark umzustellen. Dem Ausschussrat wurde die Entlassung verweigert. Die Gewerke haben auch noch auswärts ein Erzbergwerk vor einiger Zeit gekauft. Jedemfalls begt man für den Weiterbetrieb des Werkes starke Bedenken. Der hiesige Erzbergbau ist schon seit uralten Zeiten wenig gewinnbringend gewesen und hat oft erhebliche Zuschüsse erfordert.

Dresdner Schlachtviehmarkt.

12. Januar 1925.
Auftrieb: 234 Ochsen, 328 Bullen, 337 Kalben und Rälhe, 697 Rälber, 858 Schafe, 2842 Schweine.
Goldmarkpreise für 50 Kg. Lebendgewicht: Ochsen 20-55, Bullen 36-53, Kalben und Rälhe 20-54, Rälber 45-71, Schafe 22-50, Schweine 50-75.
Die Stallpreise sind nach den neuen Richtlinien der Landespreisprüfungsstelle für Rinder 20 %, für Rälber und Schafe 18 % und für Schweine 16 % niedriger als die hier aufgeführten Marktpreise.

Produktenbörse.

12. Januar 1925.
Weizen 23,5-24 Roggen inländisch 23,5-24. Sommergerste 28-30. Hafer 18,8-19,3. Mats 22,5-23. Raps 30-40. Erbsen —. Rotklee 240-275. Trockenfenchel 11,50-12. Bucherfenchel 18-20. Weizenkies 15,3-15,8. Roggenkies 15,3-15,8. Weizenmehl 36,5-38,5. Roggenmehl 37-39.
Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Goldmark. Rotklee, Wehl, Erbsen, Peluschken, Widen und Lupinen in Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden, alles andere in Rindermengen von 10000 Kilogramm wgr.

Die Entwertung des deutschen Geldes im Jahre 1923.

Die untenstehende Zusammenstellung soll an einigen Beispielen eine ungefähre Vorstellung von der ungeheuren Entwertung unseres Papiergeldes vor der Stabilisierung unserer Währung gegen Ende des Jahres 1923 geben.
Nehmen wir an, es sei möglich gewesen, eine einzige Rentenmark in Papiermarktscheine umzuwechseln, und zwar in Scheine zu 1 Papiermark, so hätte man Ende Oktober 1923 für eine Rentenmark genau eine Billion Marktscheine erhalten.
Einen Begriff von der Menge der erhaltenen Scheine kann man sich machen, wenn man deren Gewicht berechnet.
Fünf Papiermarktscheine wiegen ca. ein Gramm; demnach wiegen 5000 Scheine ein Kilogramm. 5 Millionen Scheine ergeben ein Gewicht von 1000 Kilogramm, eine Milliarde demnach 200 000 Kilogramm, und eine Billion Scheine geben das enorme Gewicht von 200 Millionen Kilogramm.
Zum Wegtransportieren der Scheine wären 400 Güterzüge zu je 50 Waggons nötig gewesen, wenn jeder Waggon mit 1 Tonne, d. i. 10 000 Kilogramm beladen wäre. (S. Abb. 1.)
Zur Aufbewahrung des Geldes hätte man ein Speichergebäude von 100 Meter Höhe, 96 Meter Länge und 60 Meter Breite haben müssen. (S. Abb. 2.)



Hätte man nun die gebündelten, also buchförmig aufeinandergelegten Scheine fortlaufend aneinandergereiht, so hätte man eine Kolonne erhalten, welche zweieinhalbmal so lang wäre, als der Umfang unserer Erde. (S. Abb. 3.) Räumlich: 10 aufeinandergelegte Scheine ergeben eine Höhe von einem Millimeter. 10 000 aufeinandergelegte Scheine ergeben eine Höhe von einem Meter. Eine Million aufeinandergelegte Scheine ergeben eine Höhe von 100 Metern. Eine Milliarde aufeinandergelegte Scheine ergeben eine Höhe von 100 Kilometern. Eine Billion ergibt demnach eine Länge von 100 000 Kilometern; da der Umfang der Erde 40 000 Kilometer beträgt, so würde die Kolonne der Scheine genau zweieinhalbmal um die Erde herumreichen.
Würde man aber die Scheine mit der kurzen Seite aneinanderlegen, so erhielte man bei der Länge der größeren Seite (9 Zentimeter) mit 11 Scheinen ungefähr einen Meter, mit 11 000 Scheinen einen Kilometer und mit 11 Milliarden Scheinen eine Länge von einer Million Kilometer.
Man würde daher mit 605 Milliarden Papiermarktscheinen eine Länge erreichen, welche der Entfernung der Erde vom Mars bei dessen nächster Erdoberfläche gleichkommt. Die Entfernung des Mars von der Erde betrug im April 1924 55 Millionen Kilometer. (S. Abb. 4.) Die gleiche Länge erhält man durch Aneinanderreihen von 650 Milliarden Papiermarktscheinen, das sind 60% Rentenpennige.
Wenn unsere Väter Zeit und Lust dazu haben, sich an anderen Beispielen die Entwertung klar zu machen, so empfehlen wir die Berechnung des Heizwertes der zugrunde gelegten Papiermenge, wobei für Papier etwa 4000 Kalorien (ungefähr die Hälfte der Steinkohle) angenommen werden kann.
Des weiteren ist es vielleicht nicht uninteressant, festzustellen, welchen effektiven Papiers, also Materialwert die umgewandelte Rentenmark darstellen würde.

Hierzu eine Beilage.



Proteste gegen den Vertragsbruch.

Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag eine Abordnung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, des Reichsverbandes der Rheinlande und des Frauenausschusses zur Bekämpfung der Schuldlüge, um eine Protesterklärung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone entgegenzunehmen. Die Abordnung gab dem Gefühl der Entrüstung und Enttäuschung Ausdruck, die die Verlängerung der Besetzung bei den von ihr vertretenen Verbänden wie auch im ganzen Volk hervorgerufen habe. In seiner Antwort wies der Reichspräsident auf das durch den Ausschub der Räumung begangene Unrecht hin und betonte, daß das im vergangenen Jahre angebaute Vertrauen ohne die Loyalität unserer Vertragsgegner verloren gehen müsse, wenn diese die wenigen, zu unseren Gunsten bestehenden Vertragsbestimmungen nicht achteten. Er sprach dann den Wunsch aus, daß diese schwere Prüfung den Sinn des deutschen Volkes von inneren Streitigkeiten ablenken und zur einmütigen Abwehr äußerer Schwierigkeiten zusammenschließen möge.

Zu einem machtvollen Protest gegen den erneuten Rechtsbruch den Entente gestaltete sich die gestern nachmittag in der neuen Aula der Universität Berlin veranstaltete Kundgebung, zu der der Arbeitsausschub deutscher Verbände, der deutsche Frauenausschub zur Bekämpfung der Schuldlüge und die im Westauschub zusammengeschlossenen Landmannschaftsverbände aufgerufen hatten. Vor den zahlreichen Männern und Frauen aller Stände und aller Parteien, unter denen man auch führende Parlamentarier sowie preussische Staats- und bisherige Reichsminister sah, schilderte Gouverneur z. D. Dr. Schöne die Rechtslage des am 10. Januar zur Tatsache gewordenen Vertragsbruches, während Professor Reismann die moralische Frage beleuchtete. Am Schluß

der Versammlung wurde eine Kundgebung beschlossen, die in flammenden Worten Einspruch gegen diesen neuen Vertragsbruch erhob.

In sechs großen Versammlungen erhob die Bürgerschaft Kölns stammenden Protest gegen die Nichträumung der nördlichen Zone. Bürger der verschiedenen politischen Richtungen waren zu Tausenden dem Rufe der politischen Parteien gefolgt. Eine einheitliche Versammlung war von den Besatzungsbehörden nicht zugelassen worden. In allen Versammlungen traten Parlamentarier und andere führende rheinische Persönlichkeiten auf, die in klaren Worten den Vertragsbruch kennzeichneten. Von allen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß der Laub zu Leben erwachte Glaube an einen ehrlichen Verständigungswillen aufs Tiefste erschüttert worden sei. Die lange geheuten Hoffnungen seien aufs Bitterste enttäuscht worden. Das Vorgehen der Ententemächte wurde als Mißfall in die Methode der Sanktionen und Diktate bezeichnet. Die Nichträumung der nördlichen Zone habe den Beweis erbracht, daß trotz aller gegenteiligen Erklärungen Haß und Rachegeist noch immer die politischen Entschlüsse unserer ehemaligen Gegner beherrsche. Mit Schmerz und Erbitterung nehmen die Bewohner der Kölner Zone die Nichträumung hin, ohne sich freilich zu Unbekenntnissen hinreißen zu lassen. Die Ausführungen der Redner klangen in die Hoffnung aus, daß es klugen Staatsmännern gelingen werde, den unglücklichen 10. Januar 1925 nicht zu einem Schmerzentage in der Geschichte Europas werden zu lassen. Die Ausführungen der Redner fanden in allen Versammlungen begeisterte Zustimmung. In entsprechenden Entschlüssen wurde der Wille der Versammlungsteilnehmer niedergelegt.

Unschuldige Verurteilung eines deutschen Generals.

Das Kriegsgericht der Provinzen Lüttich und Luxemburg hat den deutschen Generalmajor von der Esch wegen angeblich in Arlon begangener Kriegsverbrechen in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Die Anklage stützte sich auf die in der belgischen Auslieferungsliste unter Nummer 59 angegebenen Beschuldigungen. Das Kriegsgericht, das auf Grund des Gesetzes vom 18. 8. 1919 den Fall untersucht hat, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Beschuldigte sich bei seinen Handlungen streng in den Grenzen seiner Befugnisse gehalten und nichts Strafbares begangen hat.

Der Beschluß des Kriegsgerichts besagt: Dem Beschuldigten, der im August 1914 als Generalmajor die 14. Infanteriebrigade befehligte, werden in der belgischen Auslieferungsliste die Ermordung des Polizeikommissars in Arlon sowie Greuelthaten in Arlon und Freilange zur Last gelegt. Wie die Ermittlungen ergeben haben, ist er jedoch nur gegen die trotz wiederholter öffentlicher Aufforderung fortgesetzte völkerrechtswidrige Verletzung von Einwohnern dieser Orte mit der Strenge vorgegangen, zu der er als Führer berechtigt und verpflichtet und durch Befehle ausdrücklich angehalten war. Ein belgischer Polizist, der seinem Amte und den erteilten Warnungen zuwider die Einwohner nicht, wie es ihm möglich gewesen wäre, vom Schießen auf deutsche Truppen abhielt, sondern durch sein Gebahren zu erkennen gab, daß er ihren Ueberfall billigte, wurde festgenommen, über seine Tat vorstrafmässig verhört und wegen seines erwiesenen verräterischen Verhaltens nach den Bedingungen über kriegsgerichtliche Verfahren erschossen. Da trotz eindringlicher und wiederholter Warnung Fernspreitleitungen zerschnitten und Lichtzeichen auf Arlon und Freilange gegeben wurden, war zur Sicherheit der Truppen die Niederbrennung der nächstgelegenen Häuser erforderlich. Der beschuldigte General von Esch hielt sich, indem er diese Maßnahmen veranlaßte, in den Grenzen seiner Befugnisse, beging also nichts Strafbares.

Weltfinanzpolitik und der Kölner Konflikt.

In politisch gut unterrichteten Kreisen in London erhält sich die Meinung, daß England und die Vereinigten Staaten im Begriff sind, ein sehr viel weitergehendes Abkommen zu schließen als man erwartet habe. Dieses werde, wie der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard“ meint, bedeutsame Wirkungen bei den Verhandlungen der Pariser Schuldskonferenz haben, die am Montag und Dienstag stattfinden werde. Ueber den Inhalt dieses Abkommens wird nichts berichtet. Man geht aber wohl kaum fehl in der Annahme, daß England und Amerika dabei den finanziellen Wiederaufbau Europas im Auge haben, nämlich eine Anwendung der Grundzüge des Dawesplans auf diejenigen Staaten, deren Währung bedroht erscheint. England größte Sorge ist gegenwärtig die Wiederherstellung der Sterlingparität. Dieser aber hängt letzten Endes von dem Stand aller europäischen Währungen ab. Man wünscht infolgedessen eine Rückkehr Europas zur christlichen Geldwirtschaft, deren Fehlen Amerika bisher an der Bewertung seines Geldüberflusses gehindert hat.

In politisch gut unterrichteten Kreisen bedauert man den Ausbruch einer englandfeindlichen Stimmung in Deutschland aufs lebhafteste, obwohl man sich darüber klar ist, daß die Kölner Politik der englischen Regierung einer solchen Stimmung Vorstoß geleistet hat. Es wird bestritten, daß England auf Kosten Deutschlands Vorteile zu erringen trachtet. England wünscht vielmehr die Kölner Frage sobald wie möglich zu einem guten Ende zu bringen. Man begegnet der Auffassung, daß Deutschland gut daran getan hat, die Kölner Note der englischen Regierung überhaupt

nicht zu beantworten. Dafür spricht die Tatsache, daß die deutsche Antwortnote von englischer Seite nur auszugeweiht gebracht worden ist. Auf alle Fälle wäre es falsch, aus der englischen Stimmung gegenwärtig auf eine grundsätzliche Aenderung gegenüber Deutschland zu schließen. Indessen erfordert das englisch-französische Verhältnis eine Neuregelung der englisch-französischen Beziehungen, wobei ein zeitweiliger schlechter Eindruck auf Deutschland in Kauf genommen werden müßte. Die bekannte Vorliebe des englischen Außenministers für Frankreich hat diesen Eindruck allerdings stärker werden lassen, als erwartet wurde. Es ist deshalb ein starkes Mißbehagen aufgetreten, welchem die Opposition unerschrocken Ausdruck gibt. Man befürchtet dort eine Fortsetzung des Notenaustausches über die Kölner Frage, der die deutsch-englische Spannung nur noch vergrößern könnte. Wie es heißt, wünscht Frankreich die Abwendung einer Zwischennote auf die deutsche Note, dies aber erscheint den Engländern in Anbetracht der Umstände unerwünscht.

Englische Enttäuschung über das Ergebnis der Finanzkonferenz.

London, 12. Januar. Die Londoner Presse ist über die in Paris erreichte grundsätzliche Einigung über die Verteilung der Reparationsanteile enttäuscht. Die Sonntagsblätter bemühen sich zwar um den Nachweis, daß das sehr bescheidene Ergebnis der Pariser Konferenz an sich schon erfreulich wäre, aber sie lassen auch keinen Zweifel darüber, daß die erzielte Verständigung die Hauptprobleme unberührt lasse. Die Hoffnung auf eine Lösung des Problems der interalliierten Schulden sei nicht erfüllt worden. Zwar sollen die Erörterungen darüber fortgesetzt werden, aber man rechnet nicht mit einem schnellen Ergebnis.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Januar 1925.

Sturmjungen.

Im Reichstage gab es am Freitag ebenso wie im Preussischen Landtage recht stürmische Auseinandersetzungen. Der Reichstag hatte zunächst die Ausschüsse für Aufwertung und Kriegsbeschädigtenfragen und der gezielten Miete wieder eingesetzt. Dann behandelte er die Anträge der Kommunisten auf Entlassung verhafteter kommunistischer Abgeordneter. Bisher hat der Ausschub zwei Fälle geprüft, und zwar die der Abgeordneten Höllein und Rosenbaum. Nach kurzer Erörterung, in der von der Rechten der Staatsgerichtshof politische Einseitigkeit vorgeworfen wurde, wurde nahezu einmütig der Haftentlassung der beiden kommunistischen Abgeordneten zugestimmt. Die Einstellung des Strafverfahrens gegen Höllein wurde abgelehnt.

Ram es bei der Erörterung dieses Punktes schon zu temperamentvollen Ausdrücken bei politischen Heißspornen, so schloß sich jetzt eine turbulente Szene an, die von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Henning aus Anlaß der dritten Lesung der Postvorlage entzündet wurde. Im Mittelpunkt dieses lärmenden Spiels stand der

Reichspostminister Dr. Hoefle,

der allerdings seinen Staatssekretär als Vertreter entlandt hatte. Henning verlangte die Herbeiführung des Postministers Hoefle, falls er noch im Amte sei, damit er Rechenschaft abgebe über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Der Antrag fand keine Mehrheit, was recht heftige Lärmjungen hervorrief. Von der Rechten wurde dauernd Bar matschieber gerufen. Von der Vorgabe, die eigentlich zur Erörterung stand, nämlich Aenderung des Postgesetzes, wurde überhaupt nicht gesprochen. Abg. Henning kündigte an, daß er der Staatsanwaltschaft das Material übergeben werde und daß er die Einleitung einer Untersuchung gegen Dr. Hoefle beim Staatsgerichtshof beantragt habe.

Das Gesetz dürfe nicht verabschiedet werden, damit nicht neue Gelder den Juden und den Barmal-Juden zufließen. Des Hauses bemächtigte sich bei dieser Auseinandersetzung eine heftige Erregung, die sich andauernd in heftigen Zwischenrufen kundgab.

Den Höhepunkt erreichten diese Szenen, als der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Fehrenbach sich in größter Erregung gegen den Abg. Henning wandte und ihm vorwarf, daß er nicht sachlich vorgehe, sondern eine traurige Angelegenheit, die noch keineswegs geklärt sei, bestreite. Er gab unter stürmischer Bewegung die Zusicherung, daß der Gerechtigkeit Genüge geschehen werde. Der Gesetzentwurf wurde darauf von der Tagesordnung abgesetzt und das Haus wandte sich den

Amnestievorlagen

zu, die von den Deutschnationalen und Sozialisten sowie Kommunisten eingebracht worden waren und zur ersten Lesung standen. Abg. Gähde (Komm.) begründet sehr ausführlich den kommunistischen Antrag. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) weist die kommunistischen Angriffe gegen seine Partei zurück, in Hochverratsprozessen werde ganz einseitig geurteilt, das bewiesen die Fälle Ludendorff und Gräfe auf der einen und Höllein auf der anderen Seite. — Abg. Thaelmann (Komm.) wird im weiteren Verlauf der Rede Rosenfelds vom Abgeordneten Graf wegen des Jurufs „Gemeiner Schieber“ zur Ordnung gerufen. Abg. Lohmann (Dn.) beantragt Ueberweisung sämtlicher Anträge an den Rechtsausschub, die Amnestierung der Teilnehmer am Rapp-Putsch am Kaiserlicher Putsch und der Mitglieder der Organisation „C“. Die Anträge gehen an den Rechtsausschub. — Das Haus vertagt sich. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Montag statt, wenn bis dahin die Regierungsbildung vollzogen ist.

Politische Tageschau.

Die Schwierigkeiten der hessischen Regierungsbildung. Zu den Verhandlungen der bisherigen hessischen Koalitionsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Freiwirtschaftler, erfahren wir, daß das Scheitern der Verhandlungen in erster Linie auf die Weigerung der Sozialdemokraten zurückzuführen ist, den Wünschen des Zentrums entgegenzukommen. Hinzu kam, daß man vom Zentrum verlangte, daß es im Voraus Blanko-Vollmacht für alle Maßnahmen — und zwar für die Dauer der ganzen Sessionsperiode des Landtags — gäbe, die sich auf finanziellen Gebiet zugehen, falls als notwendig erweisen würden, um das Defizit von 14 Millionen Mark zu beheben, das, wie sich überraschenderweise ergab, zurzeit besteht.

Ein Reinfall Kollats. Ähnlich wird gemeldet. Die Durchsicht der Fabrik im Norden von Berlin, auf deren Bestände an Kriegsmaterial General Kollat am 29. Dezember 1924 in der Kammer angezogen hat, ist beendet. Infolge von Denunziationen erstreckte sich die mangelnde Durchsicht (der Kontrollkommission) auf Schuppen, in denen folgende Material lagerte: 126 000 ungebohrte Stahlstäbe, 10 000 fertige Pistolenläufe, 5000 fertige Gewehräufe, die aber bereits durch Verformung für militärische Zwecke unbrauchbar gemacht waren; keine Gewehre und Maschinengewehre, überhaupt keine Waffen befanden sich in dem Schuppen. Das Material stammt aus der Zeit des Krieges. Es war zum langsamen Verbrauch für die Produktion der Fabrik an Friedensartikeln bestimmt. Daß Waffen für kriegerische Zwecke in der Fabrik nicht hergestellt wurden, kann schon daraus ersehen werden, daß die Fabrik seit 1920 129mal durchsucht ist wobei ausdrücklich festgestellt wurde, daß jeder Kriegsbetrieb unmöglich ist. Das jetzt aufgefunden Material ruht seit 1918 in Schuppen auf dem Fabrikgrundstück.

Oesterreich.

Die Lärmjungen im Justizauschub des österreichischen Parlaments. Die Sozialdemokraten setzten in der Nachmittagsitzung des Justizauschusses ihre Obstruktion durch mehrstündige Reden fort. Ein Verständigungsvorschlag, der unter anhaltendem Trompetenblasen und Pfeifen der Sozialdemokraten zu Stande gekommen war, wurde schließlich verworfen. Durch ihr passives Verhalten haben die Mehrheitsparteien den Sozialdemokraten unbeschränkte Redezeit zugelassen. In der Sonnabend-Sitzung setzte der Sozialdemokrat Leutner seine am Freitag begonnene Rede bis zum Schluß der Sitzung 1/1 Uhr vormittags fort.

England.

Ein Sterling-Dollar-Abkommen? Die „Postische Zeitung“ meldet aus London: In hiesigen parlamentarischen und Finanzkreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß gestern abend zwischen Churchill und Logan ein vorläufiges Abkommen erzielt worden sei, wonach England ohne Einschränkung die amerikanischen Reparationsforderungen annimmt, während die amerikanische Regierung einwilligt, daß der englischen Regierung auf mehrere Jahre zur Förderung der Volkswirtschaft zwischen Pfund und Dollar größere Geldkredite zur Verfügung gestellt werden.

Rumänien.

Wie die Anderen abrüsten. Wie „Aberer“ berichtet, hat der Kriegsminister die Reorganisation der Armee auf moderner Grundlage beschlossen. In erster Reihe handelt es sich um die Reorganisation der Kriegsmarine, die mit zahlreichen Unterseebooten, Hydroplanen und Zerstörern ausgestattet werden soll. Die unter Führung des Admirals Sandoia in Italien auf einer Studienreise befindliche rumänische Marinekommission beschäftigt sich hauptsächlich aus diesem Gesichtspunkte mit dem Studium der italienischen Kriegsmarine. Die oberste Armeeführung plant auch die Erbauung besonderer Häfen für die Unterseeboote. Die Landgewinnung soll mit Tanks und anderen modernen Kriegswerkzeugen versehen werden.

Kurze Mitteilungen.

Reichsfinanzminister Dr. Luther hat sich seit Sonnabend vergeblich bemüht, die Bafis für die Rev...

Der Reichspräsident hat das Angebot der Stadtver...

Die Reichsmark wurde am Sonnabend zum ersten...

Die auf den Sonntag des 7. Januar 1925 berech...

Das Schulschiff des Deutschen Schulschiffsvereins...

Der in Wien verhaftete reichsdeutsche Kommunist...

Strankings Befinden hat sich wieder verschlechter...

Nach einer Meldung aus New York ist das Washing...

Aus Washington wird gemeldet, daß Staatssekretär...

Die Zolltarife gegen Frankreich in Kraft.

Mit dem 10. Januar tritt der deutsche Zolltarif von...

Schwere Zuchthausstrafen im Kommunisten-Prozess.

Nach mehr als sechsstündiger Beratung wurde am...

Steine am Weg.

Roman aus späterer Zeit von Hans Krad. (Nachdruck verboten.)

naten Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe, Kreffin zu...

Aus aller Welt.

Ein neuer Autobusunfall. Nachdem sich erst dieser...

Proffandal in Wien. Die Verhaftung des General...

Blutiger Zusammenstoß beim Wahlkampf. In der...

Schiffslatastrophe in der Nordsee? Der Stockhol...

Unwetter in Lettland. Ein dreitägiges Unwetter...

Aus dem Gerichtssaal.

Klage des Kronprinzen gegen den preussischen Staat...

Amtsunterdrückung. Der seit 33 Jahren im Dienste...

Als internationaler D-Jugdieb stand der 1899 zu...

Steuerterminkalender

- 15. Januar 1925: (Keine Schonfrist.) Abführung des in der Zeit vom 1. bis 10. Januar 1925 einbehaltenen Lohnabzugs.

Und sie hatte es ja auch gewünscht. Du sollst leben...

spann sie aus. Winter war, wie er heute erfahren hatte, von dem...

